

Beiträge ÖkoLinX-ARL

Wortprotokoll

über die

26. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 23. August 2018

(16.01 Uhr bis 00.57 Uhr)

Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1369	20
Stadtverordnete Ayse Zora Marie Dalhoff, LINKE.:	20
Stadtverordneter Hubert Schmitt, SPD:.....	21
Stadtverordnete Sabine Fischer, CDU:	21
Stadtverordnete Birgit Ross, GRÜNE:.....	22
Stadtrat Jan Schneider:.....	23
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1367	24
Stadtverordnete Jutta Dittfurth, ÖkoLinX-ARL:	24
Stadtverordnete Ursula auf der Heide, GRÜNE:	26
Stadtverordneter Robert Lange, CDU:	26
Stadtverordneter Roger Podstatny, SPD:.....	27
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:.....	28
Stadtverordnete Pearl Hahn, LINKE.:.....	28
Stadträtin Rosemarie Heilig:.....	29
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1365	32
Stadtverordneter Dr. Thomas Dürbeck, CDU:	32
Stadtverordneter Michael Müller, LINKE.:	32
Stadtverordnete Dr. Renate Wolter-Brandecker, SPD:.....	33
Stadtverordneter Sebastian Popp, GRÜNE:.....	34
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1372	35
Stadtverordneter Nico Wehmann, FRAKTION:.....	35
Stadtverordneter Dr. Thomas Dürbeck, CDU:	35
Stadtverordnete Jessica Purkhart, GRÜNE:.....	36
Stadtverordneter Roland Frischkorn, SPD:.....	37
Stadtrat Stefan Majer:	37
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1373	38
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:.....	38
Stadtverordneter Bernhard E. Ochs, FRANKFURTER:	39
5. Verabschiedung der Tagesordnung II	40
6. Schwimmstättenentwicklung am Standort Rebstockbad	40
Vortrag des Magistrats vom 15.06.2018, M 112 <u>hierzu:</u> Anregung des OBR 2 vom 13.08.2018, OA 291	
Stadtrat Markus Frank:.....	40
Stadtverordnete Sybill Cornelia Meister, CDU:.....	43
Stadtverordneter Taylan Burcu, GRÜNE:.....	45
Stadtverordneter Michael Bross, FDP:	46
Stadtverordneter Jan Klingelhöfer, SPD:.....	47
Stadtverordneter Michael Müller, LINKE.:	48
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:.....	49

Die Klage wurde dann abgewiesen, wir mussten die Einspruchsfrist abwarten, die im Mai 2018 abgelaufen ist. Wir haben dann, so schnell es ging, neu ausgeschrieben und den neuen Submissionstermin für den Juli 2018 festgesetzt. Jetzt erfolgt vier Wochen lang die Prüfung der Unterlagen. Wir beabsichtigen in der 35. oder 36. KW möglicherweise, also Ende August oder in der ersten Septemberwoche, den Vergabevorschlag an die Magistratsvergabekommission zu geben. Sobald der Beschluss der Magistratsvergabekommission erfolgt ist, können wir beauftragen und dann, sofern das alles so wie von uns jetzt geplant möglich ist, im vierten Quartal 2018 mit dem Baubeginn rechnen. Die Inbetriebnahme der Schule wäre dann bei ungehindertem Fortgang zum Schuljahr 2021/2022 möglich.

Insgesamt, das will ich zusammenfassend sagen, glaube ich, dass wir für unseren Teil auf der Bauseite grundsätzlich richtig gearbeitet haben. Das führt leider nicht dazu, dass man solche Risiken komplett ausschließen kann, was umgekehrt für mich dazu führt, dass wir insgesamt dazu kommen müssen, viel mehr Vorlauf einzuplanen. Diese rechtlichen Risiken sind bei jeder Baumaßnahme in dieser Größenordnung - wir reden hier wohlgeerntet über eine Summe von weit mehr als 30 Millionen Euro - gegeben, und wenn wir derartige Rechtsstreitigkeiten und andere zeitliche Risiken einbauen wollen, müssen wir größere Puffer haben. Das sage ich nicht, weil ich langsamer bauen will, sondern ich sage das deshalb, weil wir für die Schulen, für die betroffenen Nutzerinnen und Nutzer ein gewisses Risiko minimieren und zu mehr Verlässlichkeit kommen müssen.

Deshalb glaube ich, dass wir einfach im gemeinsamen Interesse und im Interesse der Schülerinnen und Schüler auch bei weiteren Schulbaumaßnahmen einfach früher mit der Planung beginnen müssen. Wir werden mit ein, zwei Jahren Vorlauf immer mehr Probleme bekommen, Schulen zu bauen, als wenn wir noch ein halbes Jahr oder ein Jahr mehr in der Planung haben. Wenn wir das gemeinsam schaffen, hoffe ich, dass wir Fälle wie die Carlo-Mierendorff-Schule in der Zukunft nicht mehr erleben.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Danke, Herr Schneider! Wir kommen jetzt zur zweiten Aktuellen Stunde, angemeldet von ÖkoLinX-ARL und den GRÜNEN zur Frage Nr. 1367. Frau Ditfurth war die Erste, die eine Wortmeldung abgegeben hat, also hat sie auch das Recht auf die erste Wortmeldung. Bitte schön!

Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1367

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Schönen guten Tag!

Ich hatte vorhin einen Erinnerungsflash, wie ich 1981 oder 1982 hier in diesem Raum zum ersten Mal über die Gefahren von Klimawandel, Erderwärmung und Stadterwärmung gesprochen habe. Die Reaktion war ein schallendes, höhnisches Gelächter aus den Reihen der CDU. Das fiel mir vorhin aus irgendwelchen Gründen wieder ein. Wir haben dann 1985 einen Plan gemacht für Frankfurt, der unter anderem ganz konkrete technische, bauliche und strukturelle Möglichkeiten enthielt, wie man die Stadt so verändern könnte in kleinen und größeren Schritten, um auch solche Gefahren auszuschließen. Dieser sehr schöne, umfangreiche Plan, den wir mit der Hilfe von freundlichen Menschen aus der Verwaltung gemacht haben, die nicht namentlich genannt werden durften aus guten Gründen, fiel dann später den nachfolgenden machtpolitischen Interessen der GRÜNEN über. Aber man bleibt ja geduldig über die Jahre.

Ich will heute versuchen, ganz kurz einfach nur fünf Punkte zu nennen, was man wirklich tun könnte, wenn man ernsthaft etwas gegen Klimaerwärmung, Wassermangel und für die Zukunft dieser Stadt zu deren Vorteil machen möchte. Der erste Punkt wäre Wasser. Die Frage von Bernhard Ochs war sehr schön. Dir wurde aber nicht verraten, dass ein Grund, warum Frankfurt den Vogelsberg leer

säuft und andere Regionen anzapft, der ist, dass die Frankfurter Grundwasserreservoirs, die im Einflussbereich von Trinkwasserbrunnen liegen oder lagen, so hochgradig verseucht sind, dass man das Wasser nicht mehr nutzen kann oder es mit frischem, gutem Wasser aus dem Vogelsberg mischen muss. Also, deine Reduktion würde zu großen Problemen führen, aber sie ist natürlich die richtige Frage.

Das andere ist, dass - angeblich im Krieg verloren, wie so oft Akten im Krieg verloren wurden, die Peinliches zutage brächten - sämtliche Abwasserleitungen der früheren riesigen Hoechst AG - das Gelände wird heute von Nachfolgefirmen, darunter auch Chemiefirmen, benutzt - angeblich nicht erfasst sind. Man weiß nicht, wo die sind, man weiß nicht genau, wo das Abwasser dann reinfließt, und dann gibt es Rheinuferberieselung und Trinkwasser aus diesem Bereich. Es ist eine ganze Kettenreaktion. Niemand will daran, weil es um handfeste Interessen geht.

Das Zweite nach dem Wasser wäre natürlich Wohnbebauung streng unter Berücksichtigung von Frischluft- und Kaltschneisen, und nicht nach diesem Wahnsinnsgedanken, der sich langsam nach alter sozialdemokratischer Tradition durchzusetzen scheint, bauen um jeden Preis. Nein. Die beiden Interessen, die ökologische und die soziale Frage, müssen in harten Konflikten miteinander in eine Übereinstimmung gebracht werden.

Der dritte Punkt ist, und da jaulen alle auf, die sich irgendwie mental von Autointeressen abhängig fühlen, natürlich müsste man in Frankfurt den Verkehr dadurch dämpfen, dass man zum Beispiel Straßenrückbau in großen Einfallstraßen macht, Spuren wegnimmt, sich aufmacht zu ökologischem Nutzen und den ÖPNV so feinteilig aufteilt, dass ...

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Frau Ditfurth, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-
ARL:
(fortfahrend)**

Ja, noch zwei Sätze.

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Nein. Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-
ARL:
(fortfahrend)**

Doch, Herr Siegler, seien Sie doch einmal freundlich zu mir.

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Sie sind bereits 20 Sekunden über der Zeit, dieses Recht bekommen andere Stadtverordnete auch nicht. Auch Sie müssen sich an die Spielregeln halten.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-
ARL:
(fortfahrend)**

Immer.

(Heiterkeit, Zurufe)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Auch Sie halten sich jetzt an die Spielregeln. Ihr Mikro ist schon abgestellt.

(Zurufe)

Frau Ditfurth, ich bitte Sie, zu Ihrem Platz zu gehen, damit die oder der nächste Stadtverordnete an das Mikro kommen kann.

Frau Ditfurth!

(Beifall)

Als Nächste hat das Wort Frau auf der Heide von den GRÜNEN. Bitte schön!

Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1369	20
Stadtverordnete Ayse Zora Marie Dalhoff, LINKE.:	20
Stadtverordneter Hubert Schmitt, SPD:.....	21
Stadtverordnete Sabine Fischer, CDU:	21
Stadtverordnete Birgit Ross, GRÜNE:.....	22
Stadtrat Jan Schneider:.....	23
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1367	24
Stadtverordnete Jutta Ditzfurth, ÖkoLinX-ARL:	24
Stadtverordnete Ursula auf der Heide, GRÜNE:	26
Stadtverordneter Robert Lange, CDU:	26
Stadtverordneter Roger Podstatny, SPD:.....	27
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:.....	28
Stadtverordnete Pearl Hahn, LINKE.:.....	28
Stadträtin Rosemarie Heilig:.....	29
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1365	32
Stadtverordneter Dr. Thomas Dürbeck, CDU:	32
Stadtverordneter Michael Müller, LINKE.:	32
Stadtverordnete Dr. Renate Wolter-Brandecker, SPD:.....	33
Stadtverordneter Sebastian Popp, GRÜNE:.....	34
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1372	35
Stadtverordneter Nico Wehneemann, FRAKTION:.....	35
Stadtverordneter Dr. Thomas Dürbeck, CDU:	35
Stadtverordnete Jessica Purkhardt, GRÜNE:.....	36
Stadtverordneter Roland Frischkorn, SPD:.....	37
Stadtrat Stefan Majer:	37
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1373	38
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:.....	38
Stadtverordneter Bernhard E. Ochs, FRANKFURTER:	39
5. Verabschiedung der Tagesordnung II	40
6. Schwimmstättenentwicklung am Standort Rebstockbad	40
Vortrag des Magistrats vom 15.06.2018, M 112 <u>hierzu:</u> Anregung des OBR 2 vom 13.08.2018, OA 291	
Stadtrat Markus Frank:.....	40
Stadtverordnete Sybill Cornelia Meister, CDU:.....	43
Stadtverordneter Taylan Burcu, GRÜNE:.....	45
Stadtverordneter Michael Bross, FDP:	46
Stadtverordneter Jan Klingelhöfer, SPD:.....	47
Stadtverordneter Michael Müller, LINKE.:	48
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:	49

zählen, die gerade so über die Runden kommen. Für all diese Menschen und Familien sind die Frankfurter Bäder mit der jetzigen Preisstruktur viel zu teuer. Das ist die Realität in dieser Stadt.

(Beifall)

Herr Stadtrat Frank, ich muss Sie jetzt doch einmal fragen. In Ihrer Vorlage steht, dass Sie bei der Prognose der Umsatzerlöse damit rechnen, dass die Eintrittspreise angepasst werden. Ich bin da nicht so optimistisch, dass die Preise nach unten angepasst werden, sondern sie werden wahrscheinlich nach oben angepasst werden. Von daher würde mich schon interessieren, was konkret die Anpassung der Eintrittspreise in diesem Bäderkonzept für die Frankfurterinnen und Frankfurter bedeutet. Dazu hätte ich gerne eine Antwort von Ihnen.

Zweiter Punkt: Wir sind natürlich damit einverstanden, dass die Frankfurter Bäderbetriebe und die einzelnen Bäder erhalten werden. Allerdings muss man sich schon fragen, warum das Flaggschiff Rebstockbad dann doch nach 35 Jahren Schiffbruch erlitten hat. Woran liegt das, dass die Bäder nach 35 Jahren derart marode sind, dass man sie abreißen und neu bauen muss? Das kommt mir nicht so ganz in den Sinn. Ich frage mich auch, ob es nachhaltig ist, dass man das Panoramabad und das Rebstockbad nach über 30 Jahren abreißt und neu baut. Vielleicht liegt es auch an der Art und Weise, wie gebaut wird? Oder ist es die veränderte Art und Weise, wie Bäder entstehen und jetzt genutzt werden? Aber dennoch ist es ein bisschen merkwürdig, dass wir nach 35 Jahren abreißen und neu bauen. Aber im Kern ist es so, dass wir ein Interesse daran haben, dass Frankfurter Bäder für die Stadt erhalten bleiben. Es ist auch richtig, dass es ein Schwimmsportzentrum gibt. Da stimmen wir vollkommen überein. Wir würden dann gerne noch wissen, was mit den Schulschwimmstandorten passiert. Gibt es da einen Zusammenhang mit den bestehenden Schulschwimmstandorten, wenn wir ein Schwimmsportzentrum entwickeln? Das würde uns noch interessieren. Ich glaube, Sie haben in unserer Fraktion noch nicht das Konzept vorgestellt.

(Zurufe)

Dann war ich vielleicht nicht da.

Dennoch ist es für uns LINKE. wichtig, dass man über die Eintrittspreise der Bäder spricht und sich vor allem damit beschäftigt, ob nicht dieses neue Bäderkonzept zu noch höheren Eintrittspreisen führt. Wir sind der Meinung, dass es für viele Frankfurterinnen und Frankfurter zu teuer ist, hier schwimmen zu gehen. Die GRÜNEN sehen das anders. Sie haben scheinbar einen anderen Blick auf die soziale Realität in dieser Stadt.

Danke schön!

(Beifall)

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Erika Pfreundschuh:**

Danke schön, Herr Müller! Das Wort hat jetzt Herr Zieran von der ÖkoLinX-ARL. Bitte schön!

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:

Hallo!

Diese Maßnahmen, diese Neubauten sind völlig daneben. Das Teuere, da will ich mich nicht wiederholen, das sehe ich genauso. Aber manche Leute haben genügend Kohle und da spielt es für sie keine Rolle, ob sie 50 Cent mehr zahlen müssen oder 50 Cent weniger. Saunabesuche können sich viele sowieso nicht leisten. Das ist einfach vergleichbar teuer als in privaten Einrichtungen. Ich finde das unmöglich für eine städtische Einrichtung. Aber was viel interessanter ist, dass immer gesagt wird, dass kein Geld da sei. Die Stadt muss sparen. Sie spart jetzt bereits bei sehr kleinen sozialen Maßnahmen. Hier wird das Geld einerseits mit vollen Händen ausgegeben und andererseits wird verschlechtert und nicht verbessert. Das Panoramabad, eine einmalige Lage, kommt weg. Panorama brauchen wir nicht. Wir setzen das in eine Ecke, wo wir eine hohe Giftbelastung Frankfurts haben, ideal für die Freizeitbetätigung, so richtig schön unter Smog setzen wir das neben den Eissport.

Das ist ein Punkt. Der zweite Punkt ist, wenn man wirklich Verbesserungen will, wenn man nicht sanieren will - ich glaube einfach nicht, dass Sanieren in jedem Fall teuer ist, wir werden dasselbe Thema beim Theater haben -, dann gibt es auch noch die Alternativen, dass man etwas verbessert. Wir haben im Schwimmbereich nur abgebaut. Wir haben viel zu wenig Schwimmen in den Stadtteilen. Es sind dort zu wenige Bäder.

(Beifall)

Wir brauchen mehr Bäder. Frankfurt will immer eine Weltstadt sein, will eine Multikulturhalle bauen.

(Zurufe)

Multikulti sage ich jetzt schon, ich meine, eine Multifunktionshalle bauen, für sehr viel Geld, die natürlich auch multikulti sein soll. Für die CDU wäre das einmal ein neuer Aspekt, ich weiß. Das brauchen wir alles nicht. Was wir brauchen ist Schwimmen als Luxusmöglichkeit, dass wir, wenn wir schon neu bauen, eine Halle mit 50-Meter-Bahnen hätten.

(Beifall)

Das wäre eine Neuerung. Dann würde es sich lohnen, neu zu bauen. Wenn man wirklich eine Verbesserung macht. Es geht aber nicht um Verbesserung. Ich habe manchmal das Gefühl, hier bekommt die Betonlobby einen neuen Auftrag zugeschoben und wir gehen nicht sachgerecht an der Sache weiter.

Danke!

(Beifall)

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Erika Pfreunds Schuh:**

Danke schön, Herr Zieran! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache. Ich lasse nunmehr über die mit dem Ausschussbericht vorgelegte Empfehlung zu dem Tagesordnungspunkt 6. abstimmen, die auch in der ausgelegten Tagesordnung I abgedruckt ist. Wer dem Aus-

schlussbericht zustimmt, sodass für jeden die Stimmabgabe der jeweiligen Fraktion im Ausschuss und für die fraktionslosen Stadtverordneten deren schriftlich vorliegendes Votum gilt, den bitte ich um das Handzeichen. (Geschieht) Wer ist dagegen? (Geschieht) Enthaltungen? (Geschieht) Damit ist der Ausschussbericht einstimmig angenommen, somit wird der Vorlage M 112 in der vorgelegten Fassung zugestimmt und die Ortsbeiratsanregung OA 291 wird im vereinfachten Verfahren erledigt. Ich schließe den Tagesordnungspunkt.

Tagesordnungspunkt 7.

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Erika Pfreunds Schuh:**

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 7., Genossenschaftliches Wohnen, auf. Zu diesem Thema behandeln wir die Vorlage NR 611 der CDU-, SPD- und GRÜNEN-Fraktion. Die SPD-Fraktion hat als erste den Antrag zur Tagesordnung I gestellt. Es gibt zahlreiche Wortmeldungen. Die erste Wortmeldung kommt von Herrn Pawlik von der SPD-Fraktion. Bitte schön!

Stadtverordneter Sieghard Pawlik, SPD:

Sehr geehrte Frau Vorsteherin,
meine Damen und Herren!

„Mit dem hier vorliegenden Antrag schaffen wir die Voraussetzung, dass künftig bei Konzeptvergaben auch Kooperationsmodelle zwischen Genossenschaften und gemeinschaftlichen Wohngruppen beziehungsweise Baugruppen berücksichtigt werden können.“ Dies ist ein guter und ein wichtiger Schritt einer sozialen und nachhaltigen Zielen verpflichteten Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik, meine Damen und Herren.

Dieser Schritt ist auch ein Baustein im Hinblick auf eine attraktive Stadtentwicklung, und er reiht sich ein in eine Kette von Beschlüssen und Vorlagen des Magistrats und dieses Hauses. Ich erinnere an die ursprünglichen heftigen Diskussionen in der Stadt zum Mietenstopp, ich erinnere an das Frankfurter

7.	Genossenschaftliches Wohnen stärken	50
	Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD und der GRÜNEN vom 28.06.2018, NR 611	
	Stadtverordneter Sieghard Pawlik, SPD:.....	50
	Stadtverordnete Elke Tafel-Stein, FDP:.....	53
	Stadtverordneter Dr. Albrecht Kochsiek, CDU:.....	54
	Stadtverordnete Beatrix Baumann, GRÜNE:.....	57
	Stadtverordneter Eyup Yilmaz, LINKE.:.....	58
8.	Sukzessive Umstellung auf LED-Straßenbeleuchtung	60
	Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD und der GRÜNEN vom 06.06.2018, NR 596	
	Stadtverordneter Wolfgang Siefert, GRÜNE:.....	60
	Stadtverordneter Eugen Emmerling, SPD:	62
	Stadtverordneter Martin Daum, CDU:.....	63
9.	Besetzung der städtischen Immobilie In der Au unverzüglich beenden	64
	Antrag der AfD vom 20.07.2018, NR 619	
	Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, AfD:	64
	Stadtverordneter Dr. Christoph Schmitt, CDU:	65
	Stadtverordnete Ursula Busch, SPD:	66
	Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP:	68
	Stadtverordnete Dominike Pauli, LINKE.:.....	70
	Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:	71
	Bürgermeister und Stadtkämmerer Uwe Becker:	74
	Stadtverordneter Patrick Schenk, BFF:	76
	Stadtverordneter Sebastian Popp, GRÜNE:.....	77
	Stadtverordneter Martin Kliehm, LINKE.:.....	79
	Stadtverordneter Martin Daum, CDU:.....	80
	Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP:	81
	Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	81
	Stadtverordneter Herbert Förster, FRAKTION:.....	84
	Schriftführer Roger Podstatny, SPD:	84

ner Stiftung und die Rosa-Luxemburg-Stiftung gestellt und zusammen eine Studie dazu durchgeführt, die den Titel „Die enthemmte Mitte: autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland“ trägt.

(Beifall)

Da habe ich Folgendes gefunden und möchte es gerne mit Ihrer Erlaubnis, Frau Vorsteherin, zitieren: „Die Liberalisierung der Gesellschaft seit den 1970er-Jahren hat viele Menschen aus dem Korsett normativer Rollenerwartungen und der Stigmatisierung befreit, doch da sie mit der ökonomischen Liberalisierung einherging, brachte sie auch eine Kehrseite hervor. Die Autorität des Marktes wurde zuungunsten der Vergesellschaftung durch andere Autoritäten immer weiter ausgedehnt.“ So und da sind wir beim Schlüsselbegriff, liebe AfD, dem autoritären Charakter.

(Zurufe)

Davon haben Sie in der AfD reichlich.

(Beifall)

Fast alle männlich und die meisten eher älter.

(Beifall, Zurufe)

In Ihrer wissenschaftlichen Arbeit haben Erich Fromm, Theodor W. Adorno und andere unter anderem am Institut für Sozialforschung eine Analyse der autoritären Persönlichkeit und des autoritären Charakters erstellt. Ein praktisches Beispiel dafür mussten wir leider vor einigen Wochen sehen, als auf einer Demo rechter Hetzer die Aufforderung „Absaufen“ im Zusammenhang mit Menschen, die im Mittelmeer ertrinken, skandiert wurde. Gutes Beispiel für das, was Adorno und Co eruiert haben.

(Beifall)

Die AfD macht also Politik für den autoritären Charakter. Das heißt in der analytischen Zusammenfassung, auch wenn der autoritäre Charakter zur Unterwerfung neigt, so kann er durchaus kämpfen, aber nur wenn er glaubt, im Auftrag einer höheren Macht zu handeln.

(Zurufe)

So kämpft die AfD im Römer, in Hessen und im Bund im vermeintlichen Auftrag von Höcke, Gauland, Volk und Vaterland gegen die Verunsicherung der autoritären Charaktere durch den Fremden beziehungsweise jegliche Veränderung, die ausschließlich als Bedrohung angesehen wird. Schönes Beispiel von Ich-Schwäche.

(Zurufe)

Zu diesem Charakter gehört immer auch der Hass auf die Schwachen und Hilflosen. Das, meine Damen und Herren von der AfD, ist der Markenkern Ihrer Politik.

(Beifall)

Sie fürchten und hassen die widerständigen, unabhängigen, linken Zentren in dieser Stadt und alle anderen, die nicht ihrem weißen, männlichen, reaktionären Weltbild folgen. Deshalb sagen wir LINKE., gemeinsam mit den meisten hier im Haus und mit vielen anderen Anständigen in dieser Stadt: Es ist gut, dass es die Klapperfelds, Auen und so weiter gibt und dass sie weiter arbeiten. Ich bin sehr froh, dass die demokratische Mehrheit in diesem Haus dafür sorgt, dass sie das auch tun kann.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Vielen Dank, Frau Pauli! Der nächste Redner ist Herr Zieran von ÖkoLinX-ARL. Bitte!

Herr Zieran, kommen Sie langsam nach vorne.

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:

(Beifall)

Man wird doch noch klatschen dürfen.

Das war endlich einmal eine qualitätsvolle Rede hier.

(Beifall, Heiterkeit)

Es ist schön, wie Sie sich entlarven. Das hässliche, brutale Angesicht des Spießbürgertums, des rechtsradikalen Propagandablocks FDP und AfD, der inzwischen weit bis in die CDU hineingeht.

(Zurufe)

Jedenfalls in der Person des Herrn Dr. Schmitt und wenn ich mir die Lacher dahinten anschau.

(Zurufe)

Aber mich interessiert etwas ganz anderes. Das muss man hier in Erinnerung rufen. Die eine Seite, die ist gesagt worden. Es gibt noch zwei andere Seiten, die mich interessieren, um es hier einmal klipp und klar zu sagen. Solange diese Gesellschaft in dieser brutalen Art und Weise Millionen von Menschen abhängt und auf der anderen Seite Menschen in dieser Art und Weise auftreten gegen Menschen und „absaufen“, „absaufen“, „absaufen“ brüllen, solange ist gegen diese Menschen Gewalt, auch vom Staat her, notwendig, muss Gewalt eingesetzt werden. Die strukturelle Gewalt, die von dieser Gesellschaft ausgeht, der muss begegnet werden. Wenn in diesen Zentren, auch wenn Ihnen das nicht behagt, Herr Schulz - warum machen Sie eigentlich nicht die Aktionseinheit mit der AfD? -, natürlich auch Linke sind, da sind natürlich auch Linksradikale, na und?

(Zurufe)

Ja, da bin ich auch! Ich bin ein Linksradikaler! Und? Extrem können Sie dem Verfassungsschutz anheften. Na und?

(Beifall, Zurufe)

Na und? Wir sitzen da. Wir trinken da Bier, wir trinken Cola, wir trinken Kaffee, da wird auch einmal geraucht, da wird auch einmal diskutiert und da sind sogar Liberale, aber nicht wie Sie, nicht solche Liberale, die völlig verkommen und rechts ausflattern nach allen Seiten. Da sind linksliberale Bürger, die noch ein Geschichtsverständnis haben, die es

noch interessiert, dass man NS-Verbrechen darstellen muss und dass man sich mit denen auseinandersetzen muss, so wie es im Klapperfeld geschieht und wo ein Teil der Sozialdemokraten zumindest auch Verständnis dafür hat und das auch fördert, auch wenn ein anderer Teil das nicht begreift, dass links nicht gleich rechts ist.

Das verstehen einige immer noch nicht. Totalitarismus-Theorie ist scheiße. Es gibt rechte Gewalt, die Menschen kaputt macht, und das passiert täglich. In dieser Republik, in diesem Europa sind Sie der Unterbau für die Inhumanität, die immer mehr nach vorne geht. Sie sind der Unterbau auch für die Inhumanität, auch wenn Sie von der BFF andere Anträge stellen, die keine Rücksicht mehr nimmt auf die Lebensqualität in den Städten. Der Ausdruck dieser Inhumanität ist in allen Bereichen, der riecht förmlich nach Braun, der aus Ihrer Ecke kommt.

(Beifall, Zurufe)

Solche Leute brauchen wir nicht!

(Zurufe)

Das ist doch etwas völlig anderes. Leider sind manchmal auch Staatsleute beteiligt, wie jetzt ein LKA-Beamter, der ein ZDF-Team daran gehindert hat, dass es filmen konnte und dann als Begleiter einen Typ, einen Rechtsradikalen von der Bürgerinitiative Freital, daneben hatte. Das ist die eine Seite, wo Teile des Staates mit Rechten zusammen agieren gegen die Seite der Gesellschaft und des Bürgertums, bis hin zu den Linken, die versuchen, zumindest den Anschein von Humanität des Zusammenlebens, von Toleranz und des Ausgleichs aufrechtzuerhalten.

(Zurufe)

Das interessiert Sie nicht. Das ist mit klar, dass Sie das nicht interessiert, aber rechnen Sie damit, dass Sie damit nicht durchkommen, mit dieser Rechtsaußenhaltung in dieser Gesellschaft. Wir werden mit vielen anderen gegen solche brutalen, solche inhumanen Menschen Front ergreifen. Wir werden das nicht durchgehen lassen. Es wird hier keinen neuen Faschismus in dieser Form geben, wie Sie es vorbereiten. Da wird es Arbeit gegen geben.

(Beifall, Zurufe)

Jetzt noch einmal etwas anderes. Diejenigen ...

(Zurufe)

Sie bereiten den Boden neuer faschistischer Einstellung vor, um es noch einmal klarer zu sagen!

(Zurufe)

Jetzt komme ich zu der ...

(Zurufe)

... das ist die Seite ...

(Zurufe)

Ich habe gesagt, dass Sie ...

(Zurufe)

Ich wiederhole das: Sie bereiten den Boden mit Ihrer Politik, den Boden des Faschismus vor!

(Zurufe)

Dieses Recht, das hier zu sagen, nehme ich mir heraus.

(Zurufe)

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Herr Zieran, ich bitte Sie, sich doch sehr zu mäßigen und nicht Faschismus vorzuwerfen.

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-
ARL:
(fortfahrend)**

Ich werfe Ihnen nicht Faschismus vor - so gefährlich sind Sie gar nicht -, ich sage, dass diese Politik, diese rechten Äußerungen, wo Menschen so angegriffen werden, dass sie in der Hängematte sitzen, ...

(Zurufe)

... wo Menschen in ihren Verhaltensweisen grundsätzlich angegriffen werden, ...

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Ich bitte Sie alle, sich etwas zu mäßigen.

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-
ARL:
(fortfahrend)**

... das ist faschistische Propaganda.

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Ich bitte Sie, sich zu mäßigen, auch unten im Plenum, und Herr Zieran ebenfalls.

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-
ARL:
(fortfahrend)**

Da muss man diese Meute auch in den Griff kriegen. Um es noch einmal zu sagen ...

(Zurufe)

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Ich bitte Sie doch, Herrn Zieran zuzuhören!

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-
ARL:
(fortfahrend)**

Menschen, ...

(Zurufe)

Menschen, die hier auftreten ...

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Alle haben auch den Vorrednern zugehört, und es ist die Sitte an diesem Ort, dass jeder zuhört.

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)

Menschen, die hier in dieser Art und Weise auftreten und auch Sie, Herr von Wangenheim, was Sie machen, ...

(Zurufe)

... Sie verweigern dem Teil der Gesellschaft - und wahrscheinlich tun Sie das aus Kalkül -, der sich um andere Menschen kümmern will, so wie es die Seebrücken-Bewegungen zum Beispiel tun, die Geflüchteten helfen wollen, die ihnen Wohnungen geben wollen, die ihnen offene Grenzen garantieren wollen, Sie stehen gegen diese ganzen Menschen. Sie sagen, solche Menschen, die sich in solchen Zentren beraten, die stehen außerhalb der Gesellschaft, außerhalb des demokratischen Rahmens. Dass es umgekehrt in jeder Kirche, in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen, rechte Zusammenhänge gibt - ich spreche nur die Evangelikalen an oder andere, die hier überall in der Stadt Räume in Anspruch nehmen, die überall willkommen sind in der Stadt, und ich denke mir, dass auch das Geld an die Kirchen nicht gerade wenig fließt. Da fließt eine ganze Menge. Sie sollten einmal im Auge behalten, Herr Schulz, die eine Seite, die in dieser Stadt tagtäglich passiert, und die in die Millionen geht, und auf der anderen Seite, wo wir über ein paar läppische Lappen reden.

Hören Sie auf mit der Diffamierung! Hören Sie auf, den Boden zu bereiten für eine neue Faschisierung der Gesellschaft! Hören Sie auf damit, Menschen wegen ihrer Verhaltensweisen anzugreifen. Das ist nicht nur Spießbürgertum, das ist viel, viel schlimmer.

(Zurufe)

Es muss Ihnen völlig egal sein, wenn es ein Mensch fertigbringt, den ganzen Tag in der Hängematte zu liegen. Ich finde das toll. Ich hätte das manchmal gerne, habe aber die Zeit nicht dafür.

(Zurufe)

Wenn Sie auf diese Art und Weise argumentieren ...

(Zurufe)

Das sind die typischen Merkmale für inhumanes Denken. Ich will es nicht wiederholen. Die FDP hier im Römer ist verloren im rechten Block. Ich habe es schon häufiger gesagt, mehr will ich dazu nicht sagen. Sie sollten endlich einmal die linken Zentren in Ruhe lassen. Sie wollen doch keine Auseinandersetzung hier in Frankfurt auf dieser Ebene? Der Wahlkampf ist eh bald vorbei, aber Ihnen geht es gar nicht um den Wahlkampf. Ihnen geht es wirklich um eine reaktionäre Weiterentwicklung der Gesellschaft. Sie wollen alles beseitigen, was Emanzipation fördert, was Vielfalt fördert, was Multikulti fördert. Sie wollen keine offenen Grenzen für Geflüchtete und so weiter. Sie stehen einfach auf der falschen Seite der Geschichte.

(Zurufe)

Diese Geschichtsseite ist vorbei und wir werden dafür sorgen, dass das nicht wiederkommt und mit Ihnen schon gar nicht, Herr von Wangenheim.

Danke!

(Beifall)

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Danke schön, Herr Zieran! Als Nächster hat sich Herr Bürgermeister Becker zu Wort gemeldet. Bitte!

**Bürgermeister und Stadtkämmerer
Uwe Becker:**

Frau Stadtverordnetenvorsteherin, sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordnete!

Es ist Ihre Stadtverordnetenversammlung, es ist Ihre Diskussion, es ist Ihre Auseinandersetzung und deswegen ist es nicht zwingend Aufgabe des Magistrats, das Wort zu ergreifen. Aber ich glaube, wenn wir an einen Punkt kommen, wo es nicht um den Ursprung des Themas im Eigentlichen, sondern plötzlich um Grundfragen des gesellschaftlichen

mit den Mieten und einem einigermaßen geordneten Verhältnis gerne haben, das kann uns gerade einmal wurscht sein, wir sind zu keinerlei Kompromissen bereit.

Man kann auch nicht ganz von der Hand weisen, dass dieses Thema auch den Brandschutz betrifft. Ich gebe zu, ich war noch nicht in der Au gewesen. Ich werde jetzt am Wochenende, am Samstag, einmal ins Klapperfeld gehen. Es kann durchaus ein Thema sein, bei dem es einfach sinnvoll ist, dass man da einmal hinschaut. Ich meine, letztendlich, wenn etwas passiert, könnte man dann sagen, ihr seid selbst schuld, aber diese Denkweise wollen wir überhaupt nicht.

Da gibt es doch schon Themen, bei denen wir im gemeinsamen Austausch einmal auf eine Basis kommen könnten, bei der man sagt, hier findet eine gewisse - böses Wort jetzt für einen gewissen Teil des Hauses - Rechtsstaatlichkeit statt. Man einigt sich hierbei auf einen Kompromiss und geht einmal den ersten Schritt in eine gemeinsame Zukunft. Der Zustand aber, wie er im Moment herrscht, ist für uns als CDU-Fraktion überhaupt nicht tragbar. Wir sind schon der Meinung, dass wir die nächsten zwei Jahre noch nutzen müssen, um hierbei einmal einen riesen Schritt voranzugehen und eine gute Lösung für die Stadt zu finden.

(Beifall)

Stellvertretende

Stadtverordnetenvorsteherin

Dr. Renate Wolter-Brandecker:

Vielen Dank! Der nächste Redner ist Herr Dr. Schulz, ihm folgt Frau Ditfurth. Bitte, Herr Dr. Schulz!

Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP:

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Herr Zieran, Sie haben sehr, sehr viel geredet, nur nicht zum Thema. Das waren allgemeine ideologische Ausführungen, Geschichtsunterricht und Ausführungen zum Thema Flüchtlinge im Mittelmeer. Wer keine Argumente hat, muss auf Allgemeinplätze gehen.

Worum geht es bei dem Tagesordnungspunkt? Es geht um die Liegenschaft „In der Au“, um die Sach- und Rechtslage. Keiner aus unserer Fraktion möchte die Bewohner dort hinauswerfen. Nur, wir möchten natürlich schon wissen, wer dort wohnt. Das ist, denke ich, nicht zu viel verlangt. Uns interessiert letztendlich auch die politische Haltung, ob links oder rechts, der Menschen dort nicht. Wir sind ein freies Land. In diesem Land darf man links sein, man darf linksradikal sein, man darf rechts und man darf auch rechtsradikal sein. Das alles muss man ertragen.

Das aber, was ich für die Stadt Frankfurt für eine städtische Liegenschaft fordere, und das sind ganz normale Standards, ist ein schriftlicher Mietvertrag, in dem die Rechte und Pflichten geregelt sind, insbesondere, wie sie jeder andere auch hat, nämlich die Pflicht zur Mietzahlung. Das ist ganz einfaches bürgerliches Recht. Das gilt für alle. Das gilt für Rechte, für Linke und wo immer sie sich politisch befinden. Wer diese schlichte Forderung als Faschismus bezeichnet, der hat den Blick für die Realitäten letztlich verloren ...

(Beifall)

... und der kann auch gar nicht mehr in dieser Debatte ernst genommen werden.

Ich danke Ihnen!

(Beifall)

Stellvertretende

Stadtverordnetenvorsteherin

Dr. Renate Wolter-Brandecker:

Danke, Herr Dr. Schulz! Frau Ditfurth, Sie haben das Wort, es folgt dann Herr Förster. Bitte!

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Schönen guten Abend!

Wenn man es einmal herunterbricht, glaube ich, ist diese Besessenheit der FDP und anderer Rechter hier im Raum bezüglich der Au, des Klapperfelds und des ExZess auch

damit zu erklären, dass sich durch die enge Bindung zum Immobilienkapital manch einer überhaupt nicht mit der Idee abfinden kann, dass es geförderte Projekte gibt, die man nicht maximal verwerten kann. Ich glaube, das ist ein Teil dieses Spießertums, was sich vorhin durch die Projektion in der einen Rede so wunderbar hervorgetan hat.

(Beifall, Zurufe)

Ja, und jetzt zu Frau Tafel-Stein. Es gibt auch in der Geschichte eine Reihe von Sozialisten und Sozialistinnen und Kommunisten und Kommunistinnen, die leider den Weg nach rechts, und zwar nach sehr weit rechts, gegangen sind.

(Beifall)

Schauen Sie, was Sie tun, reflektieren Sie sich gelegentlich ein bisschen selbst.

(Zurufe)

Genau. Den Verfassungsschutz fand ich ein ziemlich witziges Argument auf diese konstruktiven Sachen. Wenn die da schon lange so hingucken und nichts gefunden haben, wird da wohl nichts sein. Also so konstruktiv würde ich da gar nicht herangehen, sondern als ÖkoLinx-ARL 2001 hier in den Römer gekommen ist, standen wir zum ersten Mal im Verfassungsschutzbericht, mit dem witzigen Subtext, „wir haben gar nicht gemerkt, dass es die gibt, wie kommen die denn ins Parlament?“. Unser fürchterliches Verbrechen war, sozusagen eine Stimmung in Teilen der linken Szene und Subkulturen aufzunehmen und gewählt zu werden. Ich wollte mich fünf Jahre später beschweren, weil wir nicht mehr im Bericht standen. Das fand ich eine Gemeinheit.

Herr Popp hat es versucht, hat aber am Schluss dann doch schön den Angriff gestartet. Am Anfang war es sehr weihervoll, mit „Hohem Haus“. Herr Becker hat versucht, so seine Rolle, sich sozusagen selbst ganz dick in der Mitte zu positionieren. Dann gibt es die bösen Ränder und dann waren wir wieder voll bei etwas, was eigentlich schon vor Jahrzehnten wissenschaftlich erledigt war, nämlich dieser unsäglichen Totalitarismus-Ideologie, bei der immer gesagt wird, rechts sei links.

Man möge sich doch die Menschenbilder und die Geschichte ansehen, es gibt alle möglichen Entwicklungen, aber im Kern zu sagen, ein Teil der Menschheit ist minderwertig, weil er dunkelhäutig ist, weil er unter irgendwelchen Behinderungen leidet, weil er jüdisch ist oder sonst irgendetwas anderes, ist nie ein Menschenbild, das human ist. Ein Menschenbild, das sagt, alle sollen sozial gleich leben - dafür kämpfen wir, und dabei wurden auch fürchterliche Fehler gemacht -, geht von einer anderen Voraussetzung aus. Das haben schon viele schlaue Leute in vielen Büchern entwickelt.

Ich möchte gleich vorwegsagen, dass alle, die mir gegenwärtig oder in den letzten Jahren bei meinen Recherchen über diese Rechtsentwicklung dieses verfluchten Landes aufgefallen sind, die einmal links waren und sich auf den Weg der Wanderung nach rechts begeben haben, zu irgendeinem Zeitpunkt ihrer Biografie immer ein bestimmtes Buch in der Hand gehabt haben. Wenn ich das sehe, ist das für mich schon immer eine Arbeitsthese, einmal genauer hinzuschauen: Hannah Arendt „Über die Ursprünge des Totalitarismus“. Hannah Arendt hat viele kluge Sachen gesagt.

Es ist nur interessant, dass Sie alle immer rühmen und darin liegt etwas, auf das ich großen Wert lege, nämlich zu schauen, wie viel inhumanes Potenzial liegt in Teilen - ich betone, es wird zum Teil nicht gut zugehört und falsch zitiert heute - des Bürgertums, wie viel inhumanes Potenzial ist da vorhanden. Lesen Sie einmal in ihrem großen Hauptwerk, Hannah Arendts Ausführungen über Afrika, worin die Menschen auf diesem Kontinent wie minderwertige Tiere beschrieben werden, denen zu Recht das Menschsein abgesprochen wird. Lesen Sie zu einem anderen Zeitpunkt ihre Ausführungen zur amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, ihre Anmerkungen zu Little Rock, wie sie sich darin zu den Eltern schwarzer Kinder äußert, in einer Zeit, als mit der Nationalgarde durchgesetzt werden musste, dass die auch in gute Schulen gehen durften und dass, oh Schreck, weiße und schwarze Kinder gemeinsam in Schulen gehen. Ein bisschen später habe ich in Detroit gelebt und die Auswirkungen mitbekommen.

Die Äußerungen, die Hannah Arendt darin über schwarze Eltern macht, sind so fürchterlich rassistisch, dass ich erwarte, dass Leute, die sich mit den Denkformen, den Philosophien, den politischen Konzepten in diesem Land auseinandersetzen, sich nicht immer nur etwas herauspicken, was schön klingt, sondern das Gesamte analysieren. Die Auseinandersetzung, um die es heute geht, hat genau diesen Hintergrund.

Die Besessenheit, mit der über die Au und dann auch mal das Klapperfeld und das Ex-Zess geredet wird, hat immer damit zu tun, dass es einige Leute, auch hier im Raum, nicht ertragen, dass es andere Denkweisen, andere Kritikansätze und andere gesellschaftliche Analysen gibt.

(Beifall)

Es hat damit zu tun, dass man das so wenig ertragen kann, dass man sich hier schon mit Bier vollsäuft und zappelig und aggressiv wird, wenn die andere Meinung geäußert wird, weil man das physisch und psychisch nicht aushält. Das ist Ihr Problem, und dann wird es ganz schlimm, wenn es in der Stadt drei kleine Punkte gibt, an denen sich Linksradikale treffen, um böse Verschwörungen abzusprechen.

Es kann nicht sein, dass so viel Dummheit ernst gemeint ist. Denn, wenn böse Linksradikale, wie ich oder andere, uns Aktionen ausdenken, die vielleicht hart an der Grenze von etwas sind, womit wir etwas austesten wollen, wir die Spektren demokratischer Ausdrucksformen erweitern wollen, dann sind wir doch nicht so blöd und gehen in eines der drei genannten Zentren, sondern dann gehen wir auf einen schönen, gesunden, langen Waldspaziergang. Wir sind doch nicht bescheuert. Was haben Sie eigentlich für Kleinkindvorstellungen von linken Zusammenhängen? Was sind das für spießige Imaginationen, die aus, ich weiß nicht, den Fünfzigerjahren stammen?

(Beifall, Zurufe)

Modernisieren Sie sich und während Sie das versuchen und damit scheitern werden, sind wir selbstverständlich damit beschäftigt, das auszuhalten. „Wir“ sind nicht nur Manfred Zieran, sondern auch einige von den

LINKEN. Die Rede von Dominique über einen autoritären Charakter war ganz ausgezeichnet. Wir sind in einer Entwicklung in diesem Land angekommen, in der nicht nur so eine bekackte AfD größer wird, sondern wo diese versuchen, sich hinein in das Bürgertum, hinein in das konservative Bürgertum auszubreiten und im Wettbewerb sozusagen das Land und die Gesellschaft in Formationen, die Parteien nach rechts zu schieben - das, lieber Herr Becker, wird irgendwann einmal Ihr Problem werden.

Diese Selbstmystifikation Frankfurts, „wir sind so tolerant“, kennen wir. Leute, wir wissen doch, dass in der Stadt des Handwerks und des Handels, mit dieser ausgeprägten NS-Vergangenheit, wir - das sage ich jetzt als Linke - das große „Glück“ haben, dass aufgrund der internationalen Wirtschaftsbeziehungen dieser Stadt einige Leute die Schnauze hier nicht so rassistisch und antisemitisch aufreißen können, wie sie es sonst gerne täten, weil das schlecht fürs Geschäft und schlecht fürs Image wäre. Image ist viel, viel wichtiger als Menschenrechte. Das wissen wir alle von Leuten, die so ökonomistisch und inhuman denken.

Das heißt aber auch, dass man sich einerseits selbst etwas über die Stadt vormacht, in der man lebt, und andererseits seit Jahrzehnten alles übersieht, was hier Menschen, Obdachlosen, Roma und jüdischen Menschen passiert, wenn sie sich einmal ganz offen, direkt und nicht sozusagen „wir sind im Konsens und wir möchten jetzt nicht auffallen“, äußern. Wenn man redet und nach den Erfahrungen der Menschen fragt, die dunkle Haut haben, die Migrationshintergrund haben, und was dann herauskommt, gibt ein völlig anderes Bild dieser Stadt. Dafür sind Sie hier in diesem Haus durch Ihre Lüge, durch Ihre Verschleierung mit verantwortlich.

(Beifall)

Stellvertretende

Stadtverordnetenvorsteherin

Dr. Renate Wolter-Brandecker:

Frau Dittfurth, die „Lüge“ nehmen Sie bitte zurück. Den Begriff „Lüge“ rüge ich.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)

Gut, ich nehme das hin, dass Sie das rügen. Nicht böse sein, aber das geht mir irgendwie sonstwo vorbei. Dann werde ich eben gerügt.

(Zurufe)

Wenn ich es mit anderen Menschen gemeinsam aufhalten kann, dass diese Entwicklung hin zu faschistoiden Koalitionen weitergeht, werde ich das machen. Ich sage Ihnen voraus, wenn das so weitergeht, wird es in wenigen Jahren, und das wissen auch alle einigermaßen klugen Menschen der CDU selbst, wird es in absehbarer Zeit CDU- und AfD-Koalitionen geben.

(Beifall, Zurufe)

Nicht überall. Ja, dann kriegen die Linken von mir mindestens genauso ihre Prügel, wenn das so wäre, aber hier im Haus besteht die Gefahr nicht. Es wird die geben und der Preis, den Sie dafür als CDU bezahlen, um einmal nur die Partei anzusprechen, ist, dass Sie einerseits um Freundschaft buhlen und gucken müssen, wo Punkte sind, die man umsetzen kann. Da opfert man leicht einmal die Au oder irgendetwas anderes, weil das sozusagen nicht die Substanz der eigenen Partei ist. Sie müssen aber zeigen, dass Sie den Feind auch da sehen. Sie müssen Totalitarismus-Ideologie predigen. Sie müssen die Rechtfertigung für diese Art der Koalition vorbereiten, und das können wir überall beobachten und dagegen gehen wir vor. Dieser Kampfansage schließe ich mich an.

(Beifall, Zurufe)

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Danke schön, Frau Ditfurth! Die vorläufig letzte Wortmeldung kommt von Herrn Förster. Bitte schön, Sie haben das Wort!

**Stadtverordneter Herbert Förster,
FRAKTION:**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
liebe Kollegen!

Herr Schenk, es ist gut, dass sich in den letzten 16 Jahren dabei nichts verändert hat. Das zeigt mir, dass in Frankfurt auch noch ein liberales Herz schlägt, und damit meine ich nicht das Verständnis von Liberalismus, das die FDP pflegt. Die CDU betrachtet die Au aus wirtschaftlicher Sicht und will sie monetarisieren. Sie möchte unter dem Vorwand der Sicherheit das Gelände wieder dem Markt zuführen und die Seite rechts außen und die Seite da links außen benutzen die Gelegenheit jeder für ihren Zweck. Ich war nie in der Au, aber ich muss auch kein Linker sein, um zu befürworten, dass es Plätze in dieser Stadt gibt, die sich wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konventionen entziehen. Als wirklich Liberale muss man gönnen können, das führt zu Vielfalt und vermeidet Gewalt.

Danke schön!

(Beifall)

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Danke schön, Herr Förster! Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen und würde über den Ausschussbericht abstimmen lassen, wenn nicht die namentliche Abstimmung beantragt worden wäre. Sie möchten nach wie vor die namentliche Abstimmung? Dann bitte ich Herrn Podstatny, diese jetzt vorzunehmen.

Schriftführer Roger Podstatny, SPD:

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 9. der Tagesordnung I, der Vorlage NR 619, auf Antrag der AfD. Ich lese jetzt die Namen vor und bitte dann laut und deutlich, sodass wir es hier vorne hören, uns das Abstimmungsverhalten mitzuteilen, Ja, Nein oder Enthaltung.

(Zurufe)

10. Frankfurt wird sicherer Hafen	86
Antrag der LINKE. vom 23.07.2018, NR 620	
Stadträtin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld:.....	86
Stadtverordneter Martin Kliehm, LINKE.:.....	88
Stadtverordneter Patrick Schenk, BFF:	89
Stadtverordnete Beatrix Baumann, GRÜNE:.....	91
Stadtverordnete Christiane Schubring, CDU:	93
Stadtverordneter Oliver Wurtz, AfD:	95
Stadtverordneter Holger Tschierschke, SPD:	96
Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:	98
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:	99
Stadtverordneter Michael Müller, LINKE.:	101
Bürgermeister und Stadtkämmerer Uwe Becker:	102
Stadtverordneter Nico Wehmann, FRAKTION:.....	104
Stadtverordneter Markus Fuchs, AfD:	105
Stadtverordnete Pearl Hahn, LINKE.:.....	106
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:	107
Schriftführer Dr. Helmut Alt, AfD:.....	108
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	110
11. Vorbereitende Untersuchungen für geplanten Stadtteil an der A 5 in Frankfurt-Nordwest unverzüglich einstellen.....	110
Antrag der BFF vom 14.06.2018, NR 605	
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:.....	110
Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:.....	113
Stadtverordnete Birgit Puttendörfer, SPD:	114
Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE:	117
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:.....	119
Stadtrat Mike Josef:	119
12. Freiwilliger Verzicht auf AfD(-Mandate).....	122
Anregung der KAV vom 08.05.2018, K 90	
Stadtverordneter Herbert Förster, FRAKTION:.....	122
Stadtverordneter Reinhard Stammwitz, AfD:	123
Stadtverordneter Nico Wehmann, FRAKTION:.....	126
13. Netzwerk "Frühe Hilfen" für Familien mit psychisch- oder abhängigkeiterkrankten Eltern weiterentwickeln	127
Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD und der GRÜNEN vom 06.06.0218, NR 591	

einiges zurückblicken, was ich absolut nicht nachvollziehen konnte. Die LINKE. sagte zum Beispiel, leider müsse man sich an Regeln halten. Es lässt sich alles toppen, die Jusos und die SPD schließen sich dem an. Da können wir nur ganz klar sagen: Nein, zum Glück müssen wir uns an Regeln halten. Der Rechtsstaat und seine Gesetze müssen immer gelten. Die Menschen in diesem Land müssen sich darauf verlassen können, dass die Gesetze hier gelten und eingehalten werden. Mit dem Rechtsstaat wird die Identifikation mit dem Staat am allerstärksten erreicht. Wenn wir in Beliebigkeit verfallen, dann gefährden wir den Zusammenhalt der Gesellschaft. Dann sagt die LINKE., man könnte doch Standards absenken und - jetzt kommt die Krönung - beim Otto-Versand mobile Container bestellen. Die LINKE. sagt, man kann beim Otto-Versand mobile Container bestellen. Die Vertreterin der LINKE. hatte ein iPad oder ein Smartphone dabei. Ich habe schon gedacht, sie bestellt jetzt mobile Container. Auch da können wir nur sagen: Nein, Standards können nicht abgesenkt werden. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie sagen einfach, Standards sind abzusenken. Wie lange eigentlich? Einen Tag, eine Woche, einen Monat, ein Jahr, auf Dauer? Wir haben auch hier, das müsste jedem bekannt sein, von der Sozialdezernentin gehört, wie schwierig die Situation in Frankfurt ist. Wenn wir die Standards absenken würden, kämen die Menschen doch da nie wieder raus. Das ist doch keine Lösung. Letztendlich spielt die LINKE. nur den einen Menschen gegen den anderen aus. Sie haben keine Zahlen genannt, was schon einmal absurd ist, aber letztendlich sagen Sie doch, diese 15 Geflüchteten, die wir eigentlich aufzunehmen hätten, sind es nicht, aber dafür andere 15. Wem ist denn damit geholfen? Das ist doch absurd und keine Politik.

Wer so unkonkrete, undurchdachte, unlogische Vorschläge macht und Forderungen aufstellt, den muss man dann fragen, wie man eigentlich Äußerungen der LINKEN. zum Wohnungsmangel ernst nehmen kann, wenn das einfach ausgeblendet wird. Die Sozialdezernentin hat die Zahl vorhin genannt, wir haben in Frankfurt 2.900 Obdachlose als auch Menschen, die von Obdachlosigkeit bedroht sind. Wie kann man da fordern, dass noch mehr Menschen nach Frankfurt kommen?

Wir haben schon eine Absenkung der Zuweisung nach Frankfurt. Was wir nicht nachvollziehen können, warum das eigentlich für ein Jahr gestundet ist. Angesichts der Wohnungssituation müsste doch die Zahl dauerhaft runtergehen. Da fragt man sich, was Land und Stadt sich dabei eigentlich gedacht haben. Was ist in einem Jahr eigentlich anders? Da fallen mir eigentlich nur drei Dinge ein. In einem Jahr haben wir eine andere Landesregierung. In einem Jahr haben wir wahrscheinlich ein Ministerium für Wohnungsbau, einmal wieder, was vorher abgeschafft wurde und ich habe eine Vermutung, wer in einem Jahr dieser Wohnungsbauminister sein kann. Das ist anscheinend die Hoffnung von Land und Stadt, dass es in einem Jahr deutlich besser wird, weil sonst doch die Stundung überhaupt keinen Sinn macht.

Wir haben über Seenot diskutiert, obwohl das gar nicht das Thema war. Die LINKE. weiß gar nicht, was sie beantragt hat. Angesichts des Wohnungsmangels ist das nicht möglich und falsch. Deswegen lehnen wir den Antrag ab.

Vielen Dank!

(Beifall)

Stadtverordnetenvorsteher Stephan Siegler:

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Zieran. Die Restredezeit beträgt 10 Minuten und 20 Sekunden, weil die FRAKTION fünf Minuten übertragen hat. Bitte schön!

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:

Vorweg: ÖkoLinX-ARL unterstützt alle Seebrückenaktionen! Wir sind besonders erfreut, dass am Samstag, dem 25.08., in der bayrischen Hauptstadt München des inhumanen Innenministers Seehofer diese Demonstrationen stattfinden, aber auch in allen anderen Städten. Ich finde, es sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Das scheint in diesem Plenum aber nicht so zu sein. Auch die FDP

redet aus der Position des EU-Chauvinismus. Wir schließen uns ab. Wir sind überlegen. Wir wollen das hier absichern. Rechtsstaat. Das sind bei Ihnen die Schlagwörter. Haben Sie sich jemals gefragt, woher der Wohlstand kommt? Das deutsche Kapital beutet Afrika aus. Wir sind mitbeteiligt an den Kriegen in Syrien. Da gibt es keinen Frieden, was die AfD erzählt, diese Lügen, dieser Blödsinn aus der Ecke. Syrien hat keinen Frieden. Da werden Menschen vertrieben, weil sie keine Existenz mehr haben. Allein das sollte reichen, dass man sagt, wir müssen für diese Menschen etwas tun. Wir sind auch mitbeteiligt. Nicht wir als Einzelne, sondern dieser Staat und dieses Kapital, das an der Zerstörung der Lebensbedingungen weltweit beteiligt ist. Wenn man das miteinbezieht, ist es umso verwunderlicher, dass eine Dezernentin mit weinerlichem Ton hier sagt: „Der Markt gibt es nicht her. Wir haben keine Wohnungen mehr in Frankfurt.“ Dass Sie im Kapitalismus leben, muss man hier nicht vorführen, sondern das ist eine Frage der Prioritätensetzung, wo ich das Geld in der Stadt Frankfurt hinbewege. Für mich ist die Prioritätensetzung ganz klar: die Menschlichkeit muss im Mittelpunkt der Politik stehen, nicht Gesetze, sondern das, was den Gesetzen vorgeschoben ist, die Menschenrechte. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Da müssen Sie handeln. Es ist wunderbar, dass es mit „Solidarity Cities“ weltweit eine Bewegung gegen die Unmenschlichkeit der Regierung gibt. Ob es die Trump-Regierung ist, ob es Seehofer ist, ob es Orbán in Ungarn ist, ob es der Faschist Salvini in Italien ist: dass gegen diese faschistische Internationale gekämpft wird, ist wunderbar.

Flüchtlingsrettung sollte selbstverständlich sein. Die GRÜNEN haben eine sehr bewegte Rede gehalten. Es wurde auch konstatiert, dass 1.500 Menschen gestorben sind und so weiter. Man sollte schon auf die eigenen Widersprüche zu sprechen kommen. Mir ist aufgefallen, ich lese auch ab und zu die FAZ, dass auch die GRÜNEN in Hessen Flüchtlinge nach Afghanistan abschieben. Und nicht nur in Hessen, sondern auch in Baden-Württemberg und in sechs anderen Ländern, sind die GRÜNEN an dieser Sache beteiligt. Auch das ist nicht im Sinne der Menschlichkeit und der Verpflichtung, die wir gegenüber diesen Menschen haben.

Die Kritik an dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. ist völlig daneben, weil der Antrag klar sagt, worum es geht. Die EU setzt immer mehr auf Abschottung. Das ist eine menschenverachtende Politik. Es wird verboten, Rettung im Mittelmeer zu leisten. Die Schiffe dürfen nicht anlegen. Das verstößt gegen internationales Recht. Ihr seid doch sonst immer so scharf auf internationales Recht? Also müsste man dieses internationale Recht auch einhalten. Der SPD-Beitrag war sehr gut, am Anfang, und dann kam das Ende. „Wir dürfen unsere Kapazitäten nicht überstrapazieren.“ Man gucke sich nur einmal die Lage der Mehrheit der Menschen in Afrika an. Wie lächerlich so eine Formulierung in diesem Plenum ist. Macht euch einmal klar: Auch Frankfurt ist Teil der globalen Welt und man sollte darauf auch eingehen. Was ihr betreibt, ist einfach Mauerziehen gegenüber den Menschen, die kaputt gemacht worden sind, mehr nicht. Dann wird noch unterschieden zwischen Wirtschaftsflüchtlings und anderen. Das ist einfach so etwas von unterirdisch, so daneben. Die Debatte zur AfD-Position hatten wir schon grundsätzlich. Ich möchte es nicht wiederholen. Wenn Herr Wurtz redet, dann weiß man immer, aus welcher Ecke es duftet. Da ist die Ecke eindeutig eine Rechtsaußen-Ecke. Mehr braucht man dazu nicht zu sagen.

Frankfurt ist nicht tolerant. Frankfurt ist nicht liberal. Frankfurt ist nicht weltoffen. Das ist wieder einmal mit diesem Antrag deutlich gemacht worden. Wir haben viele andere Städte, die dieses Projekt unterstützen. Ich finde es toll, dass in Berlin eine rot-rot-grüne Regierung das unterstützt, auch gegen FDP und CDU, gegen die Polemik, die von der Seite kommt. So sollte es in dieser Republik weitergehen, bis Frankfurt als einzige Stadt übrigbleibt, die die Solidarität mit den Geflüchteten ablehnt.

Danke!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Müller von der LINKE.-Fraktion. Bitte schön!

Ja, jedes individuelle Schicksal ist ein schlimmes und schreckliches. Ich kann jeden verstehen, der aus wirtschaftlichen Gründen, aus Gründen der Klimafolgen oder aus sonstigen Gründen eine bessere Zukunft für sich in Europa sucht. Ich mache das keinem Menschen zum Vorwurf. Nur umgekehrt müssen wir genauso klar und ohne Schaum vor dem Mund zu dem Schluss kommen, dass das im Ergebnis nicht heißen kann, dass deswegen jeder nach Europa oder nach Deutschland kommen kann.

(Beifall, Zurufe)

Dann führen wir eine solche Debatte ehrlich miteinander. Lieber Herr Zieran, es ist toll, Reden zu halten. Wenn der erste Baum bei Ihnen in der Siedlung gefällt wird, um irgendetwas an Infrastruktur zu bauen, dann gibt es die Gegendemonstration irgendeiner Bürgerinitiative für den Erhalt des letzten grünen Baums.

(Beifall)

Reden wir doch einmal über praktische Fragen, die sich hinterher, wenn es konkret werden soll, ganz schnell wieder in persönliche Egoismen ergeben. Aber davon will ich jetzt gar nicht abschweifen, sondern ich will eines ...

(Zurufe)

Ja, liebe Frau Ditfurth, Sie halten hier auch oberlehrerhafte Reden und erklären, Sie sind die Einzige, die die Weisheit für sich gepachtet hat. In den Achtzigerjahren hat es mich noch aufgeregt. Heute nehme ich es zur Kenntnis.

Ich will eines sagen, lieber Herr Müller, ja, jedes einzelne individuelle Schicksal ist schrecklich. Gerade auch diejenigen, die den Weg nach Europa nicht schaffen und mit ihrem Leben bezahlen. Das können Sie von einem Christen ...

(Zurufe)

Liebe Frau Ditfurth, ich spreche Ihnen Ihre innere Haltung auch nicht ab und ich erwarte den umgekehrten Respekt auch.

(Beifall)

Sie werden von einem Christen auch erwarten können, dass er diese Empathie besitzt, egal wie am Ende eine konkrete Entscheidung aussieht. Denn auch bei denjenigen - ich nehme jetzt mal christliche Familien -, die im Nordirak sitzen, die schon seit mehreren Jahren dort in irgendwelchen Zelten sitzen, die vom UNHCR erklärt bekommen, dass ihr Fall, ihre Akte überhaupt erst im Jahre 2019 in die Hand genommen wird, die keinerlei Perspektiven haben, hätten wir als Stadt jeden Grund zu sagen, „die nehmen wir in unsere Stadt auf“. Wenn sie es auf dieser Ebene betrachten wollen, dann können Sie das jetzt durchdeklinieren in jeden einzelnen Fall, bis hinein in die Flüchtlingslager in Jordanien mit zwei, drei Millionen Menschen, die dort auch ein armseliges Leben führen. Wenn Sie auf die Ebene kommen, könnten Sie in jede Stadtverordnetenversammlung einen Antrag einbringen, warum wir gerade jene Menschen jetzt aufnehmen sollen. Es ist menschlich schwierig dagegen zu argumentieren, außer dass Sie irgendwann sagen müssen, das stößt auch an Grenzen. Vor dem Hintergrund gehen Entscheidungen einmal in die eine und einmal in die andere Richtung. Aber deswegen sollten wir uns nicht wechselseitig die Menschlichkeit oder die Empathie absprechen, wenn es auch für diese schwierige Fragen am Ende zu entscheidende Themen gibt. Deswegen glaube ich, sollten Sie, wenn Sie diese Reden halten - ich kann nachvollziehen, dass Sie eine andere Position haben -, aber anderen, die mit einem anderen Ergebnis zu einem solchen Antrag votieren, weder Empathie noch Menschlichkeit noch das Christentum absprechen.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Vielen Dank, Herr Becker! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Wehnmann von der FRAKTION. Bitte schön!

Stadtverordnete Pearl Hahn, LINKE.:
(fortfahrend)

Okay, gut.

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Die Vereinbarung zur Redezeit ist ein Kodex der Fairness, damit untereinander alle gleich behandelt werden. Ein Fairnesskodex ist dazu da, dass man sich daran hält, und zwar unabhängig von demjenigen, der hier vorne steht.

(Beifall)

Als nächster Redner hat Herr Zieran das Wort. Sie haben eine Restredezeit von fünf Minuten und zehn Sekunden. Bitte!

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:

Und keine Sekunde länger, ja, schon klar.

Eigentlich haben wir inhaltlich das meiste schon gesagt. Aber wenn hier ein Bürgermeister so auftritt, wie Herr Becker es getan hat, Diffamierungen nach allen Seiten austeilt und vorher hier aber auf Einheit macht, wir, die Stadtverordneten, aber Herr Zieran, Sie dürfen nicht und so weiter, jetzt kommt eben noch die Altersdiskriminierung dazu, das ist schon gesagt worden, dann kann ich nur sagen, hören Sie mit Ihrer Predigt der Einheit auf, Herr Becker. Was Sie machen, ist wirklich so etwas von plump.

Es gibt eine Legitimität, wenn ein Land - wir leben in einer kapitalistischen Weltgesellschaft - dazu beiträgt, ganze Weltregionen kaputt zu machen, dann haben wir die Verpflichtung, diese Menschen hier aufzunehmen. Punkt eins.

Punkt zwei, zur AfD: Gehen wir einmal inhaltlich auf die Aussage ein, die Seenotrettung hätte nichts mit Einwanderung zu tun. Wie plump sind Sie eigentlich? Wie viele Unwahrheiten wollen Sie denn noch ausbreiten?

(Zurufe)

Weil die Seenotrettung dort verboten wird, weil die Schiffe die Leute nicht mehr rausholen dürfen! Was hat das wohl mit hier zu tun? Weil die Leute nicht in die EU sollen, weil die Frontex und andere die Grenzen schließen. Sie wollen die Vernichtung dieser Menschen, die die Flucht über das Mittelmeer wagen. Geben Sie es doch wenigstens zu. Ich kann diese Verlogenheit der Argumente nicht mehr hören. Und dann, das ist wirklich die Spitze, Herr Becker, Sie kommen mit Egoismen und führen an, wenn ich das richtig verstanden habe, wir seien nicht für bauen, bauen, bauen. Das ist richtig. Wir sind nicht für bauen, bauen, bauen in Grünscheisen. Wir denken, dass die Menschen ein Recht auf Lebensqualität in dieser Stadt haben. Sie sagen, dann würden wir nichts für die tun, die zur billigen Miete wohnen wollen. Doch, wir sind gegen Ihren Luxuswohnungsbau. Wir sind dagegen, dass Sie weiterhin keine Bebauungspläne machen, dass Sie diese und jene Maßnahmen nicht durchführen, damit sich das Kapital die Stadt Frankfurt nicht immer mehr unter den Nagel reißt.

Das ist Ihre gespaltene Position. Die CDU hier so, die CDU dort so. Sagen Sie doch einmal ehrlich: Unterstützen Sie den Mietentscheid, unterstützen Sie den Fahrradentscheid, unterstützen Sie den Bürgerentscheid für Grünflächen?

(Zurufe)

Er hat das angesprochen. Es hat damit zu tun, dass es darum geht, die Interessen der Menschen ernst zu nehmen und ihnen diese Interessen nicht abzusprechen. Die Geflüchteten gegen irgendwelche anderen Gruppen zu stellen, das ist nämlich die unterschwellige Botschaft des Herrn Becker, das läuft nicht.

(Beifall)

Die Interessen der Menschen haben Vorrang vor den Interessen des Kapitals und der Verwertung in dieser Stadt. ÖkoLinX-ARL plädiert ohne irgendwelche Einschränkungen für offene Grenzen, für die Aufnahme von Geflüchteten, und zwar solange wir eine Weltwirtschaftsordnung haben, die die Lebensexistenz der Menschen unterminiert und kaputt macht.

Ich danke nochmals, und ich danke auch Herrn Becker, dass er sich so offenbart hat. Das hätte ich heute gar nicht mehr erwartet.

Danke!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Meine Damen und Herren, das war die letzte Wortmeldung. Die LINKE. hat eine namentliche Abstimmung beantragt. Ich würde gerne den Antrag in Gänze abstimmen lassen.

(Zurufe)

Dann lasse ich darüber abstimmen, ob wir den Antrag in Gänze oder in zwei Teilen namentlich abstimmen lassen. Das lässt die Geschäftsordnung so zu.

(Zurufe)

Es lebe Ihr gesundes Misstrauen!

(Zurufe)

In § 40 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung heißt es: „Es kann auch eine Teilung der Abstimmungsgegenstände vorgeschlagen und vorgenommen werden.“ Allerdings beschließt das Plenum auch darüber in einer demokratischen Weise. Glauben Sie mir, was ich Ihnen vorgelesen habe?

(Zurufe)

Sehen Sie. Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen, ob wir in zwei Teilen die namentliche Abstimmung durchführen oder nicht. Wer die namentliche Abstimmung in zwei Teilen durchgeführt haben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. (Geschieht) Das sind LINKE., FRAKTION, FRANKFURTER und ÖkoLinX-ARL. Wer ist dafür, den Antrag insgesamt abzustimmen? (Geschieht) Das ist die weit überwiegende Mehrheit. Dann werde ich jetzt die namentliche Abstimmung in einem Zug durchführen lassen und darf darum bitten, dass die Namensliste vorgelegt wird.

(Zurufe)

Das gilt auch für Sie, Frau Dittfurth. Sie sind die Oberableserin hier im Plenarsaal. Insofern brauchen Sie hier niemandem so etwas vorzuwerfen.

(Beifall)

Im Übrigen befinden wir uns gerade im Abstimmungsprozess.

(Zurufe)

Clappen Sie bitte das Mikrofon hoch?

(Zurufe)

Herr Dr. Alt, klappen Sie bitte das Mikrofon hoch und schalten Sie es ein.

(Zurufe)

Ich sehe von hier oben, wer ein Skript ausgedruckt vor sich liegen hat.

(Zurufe)

Jetzt beginnen wir mit der namentlichen Abstimmung. Herr Dr. Alt, ich möchte Sie darum bitten, mit der Abfrage in der alphabetischen Reihenfolge zu beginnen.

Schriftführer Dr. Helmut Alt:

Stadtverordneter Dr. Alt	Nein
Stadtverordneter Amann	Nein
Stadtverordnete Arslaner-Gölbasi	Fehlt
Stadtverordnete auf der Heide	Nein
Stadtverordnete Ayyildiz	Ja
Stadtverordneter Böppler-Wolf	Nein
Stadtverordneter Baier	Nein

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Ich möchte Sie darum bitten, leise zu sein, damit Sie hören, wenn Ihr Name vorgelesen wird, und wir hören, welche Antwort gegeben wird, um sie sauber protokollieren zu können. Danke!

**Schriftführer Dr. Helmut Alt:
(fortfahrend)**

Stadtverordneter Bakakis	Nein
Stadtverordnete Baumann	Nein

Stadtverordneter Becker	Nein
Stadtverordnete Brandt	Fehlt
Stadtverordneter Brillante	Fehlt
Stadtverordneter Bross	Nein
Stadtverordneter Burcu	Nein
Stadtverordnete Burkert	Nein
Stadtverordnete Busch	Nein
Stadtverordnete Christann	Fehlt
Stadtverordnete Dalhoff	Ja
Stadtverordneter Daum	Nein
Stadtverordnete David	Nein
Stadtverordneter Dr. Deusinger	Fehlt
Stadtverordnete Ditfurth	Ja
Stadtverordnete Dorn	Nein
Stadtverordneter Dr. Dürbeck	Nein
Stadtverordneter Emmerling	Nein
Stadtverordnete Fischer	Nein
Stadtverordneter Förster	Ja
Stadtverordneter Frischkorn	Nein
Stadtverordneter Fuchs	Nein
Stadtverordneter Gannoukh	Nein
Stadtverordnete Gebhardt	Nein
Stadtverordnete Hahn	Ja
Stadtverordnete Hanisch	Nein
Stadtverordneter Prof. Dr. Harsche	Nein
Stadtverordneter Heimpel	Nein
Stadtverordneter Homeyer	Nein
Stadtverordnete Hübner	Nein
Stadtverordneter Kirchner	Nein
Stadtverordneter Kliehm	Ja
Stadtverordneter Klingelhöfer	Nein
Stadtverordneter Dr. Kochsiek	Fehlt
Stadtverordneter Dr. Kößler	Nein
Stadtverordnete Krause	Fehlt
Stadtverordneter Lange	Nein
Stadtverordnete Leineweber	Nein
Stadtverordneter Leonhardt	Nein
Stadtverordneter zu Löwenstein	Nein
Stadtverordnete Loizides	Nein
Stadtverordnete Luxen	Nein
Stadtverordnete Meister	Nein
Stadtverordnete Momsen	Nein
Stadtverordneter Müller	Ja
Stadtverordneter Mund	Nein
Stadtverordneter Ochs	Fehlt
Stadtverordnete Pauli	Fehlt
Stadtverordneter Paulsen	Nein
Stadtverordneter Pawlik	Nein
Stadtverordnete Pfreunds Schuh	Nein
Stadtverordneter Podstatny	Nein
Stadtverordneter Popp	Nein
Stadtverordneter Pürsün	Nein
Stadtverordnete Purkhardt	Nein
Stadtverordnete Puttendörfer	Nein
Stadtverordneter Dr. Dr. Rahn	Nein
Stadtverordneter Reschke	Nein

Stadtverordnete Rinn	Nein
Stadtverordneter Dr. Römer	Ja
Stadtverordnete Romic-Stojanovic	Nein

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Ich möchte darum bitten, die Aufmerksamkeit nach hier vorne zu richten, weil es den Ablauf doch etwas erleichtert. Danke!

**Schriftführer Dr. Helmut Alt:
(fortfahrend)**

Stadtverordnete Ross	Nein
Stadtverordnete Scharf	Nein
Stadtverordneter Schenk	Nein
Stadtverordnete Scheurich	Nein
Stadtverordneter Dr. Christoph Schmitt	Nein
Stadtverordneter Hubert Schmitt	Nein
Stadtverordneter Thomas Schmitt	Fehlt
Stadtverordnete Schubring	Nein
Stadtverordneter Dr. Schulz	Nein
Stadtverordnete Schulz-Nurtsch	Nein
Stadtverordneter Siefert	Nein
Stadtverordneter Siegler	Nein
Stadtverordneter Stammwitz	Nein
Stadtverordneter Stock	Nein
Stadtverordnete Tafel-Stein	Fehlt
Stadtverordnete Dr. Teufel	Nein
Stadtverordneter Tschierschke	Nein
Stadtverordneter von Wangenheim	Nein
Stadtverordneter Wehnemann	Ja
Stadtverordnete Dr. Wolter-Brandecker	Nein
Stadtverordnete Wüst	Nein
Stadtverordneter Wurtz	Nein
Stadtverordneter Yilmaz	Ja
Stadtverordneter Zengin	Nein
Stadtverordneter Zieran	Ja

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Dann darf ich feststellen, dass die Vorlage NR 620 abgelehnt ist. Ich schließe den Tagesordnungspunkt. **Frau Ditfurth möchte eine persönliche Erklärung nach § 37 unserer Geschäftsordnung abgeben.** Sie hat dafür drei Minuten Redezeit. Danach erfolgt keine Aussprache. Frau Ditfurth, Sie haben das Wort. Bitte!

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Ich habe etwas dagegen, wenn Geschäftsordnungen als persönliches Mittel der politischen Einflussnahme benutzt werden. Wenn Geschäftsordnungen gelten, dann gelten sie für alle. Und es wird gesagt, dass man sie zu 100 Prozent - das hat Herr Siegler so ausgeführt - korrekt anwendet. Ich habe dann dazwischengerufen, dass dies aber nicht stimmt, weil zum Beispiel 95 Prozent der CDU-Fraktion, fast die komplette AfD-Fraktion und noch ein paar andere hier regelmäßig ablesen. Manche lesen Texte ab, mit denen sie offensichtlich Probleme haben, weil sie von anderen geschrieben wurden. Das ist mir im Prinzip alles egal. Aber als Reaktion auf diese offensichtliche Falschbehauptung werde ich angegriffen und mir werden wüste Sachen unterstellt, ich sei die, die hier am meisten abliest. Ich habe hier Zettel in der Hand, wenn ich spontan rede. Ich habe vorhin noch nicht einmal das korrekte Zitat gebracht, wie das Buch von Hannah Ahrendt heißt, und dafür wurde ich kritisch zur Seite genommen. Das heißt, es war spontan. Ich habe Zettel vor mir, auf denen Strukturen stehen oder Stichworte. Das ist doch völlig normal, aber ich rede - wie die meisten hier wissen - zu Ihrem großen Ärger ziemlich frei.

So eine unverschämte Behauptung muss ich mir nicht gefallen lassen. Wer hier ablesen will, soll das tun. Das ist nicht mein Problem, die Menschen sind verschieden, manche haben damit größere Probleme. Aber Herr Siegler soll sich bitte korrekt verhalten.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt 11.**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 11., Stadtteil an der A 5, auf. Zu diesem Thema behandeln wir die Vorlage NR 605 der BFF-Fraktion. Die BFF-Fraktion hat den Antrag zur Tagesordnung I gestellt. Herr Mund hat sich zu Wort gemeldet. Bitte!

Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:

Herr Stadtverordnetenvorsteher,
werte Kolleginnen und Kollegen!

„Es entbehrt nicht einer gewissen Komik, zum Protest gegen die Bebauung von Landschaftsschutzzone rufen nicht die GRÜNEN, sondern die CDU auf.“ So lautete die Anmoderation des Berichtes der Hessenschau am Sonntagabend über den Sternmarsch von über 500 Menschen, die an diesem Tag gegen den vom Frankfurter Magistrat geplanten Stadtteil entlang der A 5 demonstrierten. Doch wo die Hessenschau eine gewisse Komik zu erkennen vermag, spielt sich in Wirklichkeit eine umweltpolitische Tragödie ab, die die Frankfurter CDU maßgeblich mit zu verantworten hat.

Führen wir uns doch noch einmal vor Augen, dass die SPD - und allen voran ihr Oberbürgermeister Peter Feldmann - ursprünglich die Bebauung des Pfingstbergs favorisierte. Das konnte die Frankfurter CDU natürlich nicht zulassen, denn dort im Frankfurter Norden hat sie ihre Wählerhochburgen, die man mit einer Trabantenstadt vor deren Haustür massiv verprellt hätte. Also begab sich die CDU in der Koalition mit SPD und GRÜNEN auf das Eis, wie man so schön sagt, und unterstützte die Ausweisung eines Baugebietes im Frankfurter Nordwesten auf beiden Seiten der A 5. Denn dort, so das Kalkül, gibt es ohnehin nicht so viele CDU-Stammwähler, und der Widerstand aus der Nordweststadt dürfte sich aufgrund der dortigen Bevölkerungsstruktur in Grenzen halten. Doch damit hat sich die Frankfurter CDU gründlich verkalkuliert und die Rechnung ohne das Umland, aber auch ohne die betroffenen Frankfurter Stadtteile gemacht.

(Beifall)

Immerhin riefen nicht nur CDU-Verbände aus dem Hochtaunus- und dem Main-Taunus-Kreis zu Kundgebungen am letzten Sonntag gegen den geplanten Stadtteil im Frankfurter Nordwesten auf, sondern auch drei Stadtbezirksverbände der Frankfurter Christdemokraten. Ihr Anliegen wurde dabei von CDU-Abgeordneten aus dem Bundestag und dem Landtag prominent unterstützt. Nur, meine sehr verehrten Damen und Herren, das muss den Menschen in Frankfurt und den Umland-